



Positionspapier -

Resilienz der Bevölkerung stärken!

Die Feuerwehren sind ein unverzichtbarer Pfeiler im Katastrophenschutz des Landes Brandenburg. Sie löscht nicht nur Brände und rettet Menschen, sondern trägt entscheidend zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen bei. Doch erfolgreiche Krisenvorsorge lebt nicht allein von Einsatzkräften – sie erfordert auch eine resiliente Bevölkerung, die informiert, vorbereitet und handlungsfähig ist.

Öffentlichkeitsarbeit und Prävention sind dafür unverzichtbar. Sie schaffen Bewusstsein, vermitteln Wissen und fördern Eigenverantwortung. Damit diese Arbeit nachhaltig wirken kann, braucht es eine klare politische Unterstützung – durch Gesetze, finanzielle Mittel und den Aufbau verlässlicher Strukturen.

Wir fordern:

1. Gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen

Die Politik sollte verbindliche Grundlagen für Prävention und Information setzen.

Dazu gehören:

- **Verpflichtende Prävention:** Aufklärungskampagnen zu Brandschutz, Erster Hilfe und Notfallvorsorge müssen fester Bestandteil des Katastrophenschutzes werden.
 - **Digitale Kommunikation:** Warn-Apps, Notfallplattformen und soziale Medien ermöglichen schnelle Information und sollten politisch gefördert werden.
 - **Bildung:** Grundwissen zu Brandschutz und Krisenvorsorge gehört in Schulen und Weiterbildungsprogramme.
-

2. Finanzielle Unterstützung sichern

Aufklärung kostet Zeit, Personal und Mittel. Damit die Feuerwehr diese Aufgabe erfüllen kann, bedarf es:

- Förderprogramme für Präventionsprojekte, Kampagnen und digitale Systeme.
 - Investitionen in moderne Infrastruktur, Ausrüstung und Weiterbildung, um auch in Krisen handlungsfähig zu bleiben.
-



3. Koordinierung und Vernetzung fördern

Resilienz gelingt nur im Zusammenspiel vieler Akteure. Politik sollte daher:

- Kampagnen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene abstimmen und dabei regionale Unterschiede berücksichtigen.
- Standardisierte Krisenkommunikationspläne entwickeln, gemeinsam mit Feuerwehr, Behörden, Gesundheitswesen, Schulen und Medien.

4. Zivilgesellschaft einbinden

Resilienz lebt vom Mitmachen. Politik kann Anreize schaffen, damit Bürgerinnen und Bürger aktiv beitragen:

- **Freiwillige Feuerwehren** gezielt stärken und Ehrenamt anerkennen.
- **Bürgerinitiativen** unterstützen, etwa Nachbarschaftshilfe oder lokale Netzwerke.
- **Eigenverantwortung** durch Kampagnen und kleine Anreize (z. B. Notfallpläne, Resilienz-Trainings) fördern.

5. Öffentlichkeitsarbeit als festen Bestandteil anerkennen

Krisenbewältigung erfordert klare Kommunikation. Politik sollte deshalb:

- Kommunikationsstrategien für alle Akteure verbindlich machen.
- Wissenschaft und Expertenwissen stärker und in Informationskampagnen einfließen lassen.

Schlussfolgerung

Eine resiliente Gesellschaft entsteht nicht von allein. Sie braucht politische Rahmenbedingungen, welche Vorsorge, Aufklärung und Eigenverantwortung fördern.

Die Politik muss hierfür Verantwortung übernehmen, durch klare gesetzliche Grundlagen, verlässliche finanzielle Förderung und die konsequente Verankerung von Prävention und Öffentlichkeitsarbeit im Katastrophenschutz.

Nur wenn die Politik diesen Weg konsequent unterstützt, kann die Bevölkerung gestärkt, handlungsfähig und krisenfest werden und unsere Gesellschaft Notlagen nicht nur überstehen, sondern gestärkt aus ihnen hervorgehen.